

SPD fordert Gesamtkonzeption für weiterführende Schulen!

Insgesamt 1.171 Kinder (2007: 1.237) wollen auf eine Mönchengladbacher Gesamtschule. Trotz des allgemeinen Rückgangs der Schülerzahlen ist die Nachfrage seit Jahren ungebrochen hoch.



© Alexander Hauk/PIXELIO

SPD-Fraktion fordert: Bildungschancen für Alle

Der Vorsitzende des Schul- und Bildungsausschusses, **SPD-Ratsherr Ulrich Elsen**: "Dieses Ergebnis zeigt erneut die hohe Akzeptanz dieser integrativen Schulform. Eine Gesamtkonzeption im Bereich der weiterführenden Schulen muss den Elternwillen endlich umsetzen und ein größeres Angebot für Gesamtschulen schaffen."

Jedoch stehen diesem Elternwillen nur 630 Plätze an den Gesamtschulen entgegen. Ein nicht akzeptabler Zustand, urteilt die **SPD**.

Für die **SPD-Fraktion** muss in Mönchengladbach eine bildungspolitische Richtungsentscheidung gefunden werden. Alle Men-

schen reden von gleichen Bildungschancen. Wir müssen diese endlich vor Ort umsetzen.

Ratsfrau Monika Schuster, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: Das Anmeldeverfahren hat gezeigt, dass bei Erhöhung des Gesamtangebotss insbesondere bei den Hauptschulen die Anmeldezahlen erheblich zurückgehen. Deshalb müssen wir insgesamt über das zukünftige Schulangebot in Mönchengladbach diskutieren." Die Beratung des Schulentwicklungsplans Sekundarstufe I ist auf Antrag der **SPD** in den Herbst verschoben worden.

Monika Schuster: "Der Ausbau von Ganztagschulen ist richtig. Doch die Anmeldezahlen machen deutlich, dass Ganztags nur dann sinnvoll ist und angesichts der Haushaltslage der Stadt vertreten werden kann, wenn der Hauptschulstandort auch dauerhaft eine Zukunft hat. Nur hier ist das Geld gut angelegt. An anderen Stellen müssen wir neue Schulverbünde und Zentren bilden. In Neuwerk könnten durch eine neue Konzeption 3 Mio. Euro eingespart und zusätzliche Gesamtschulplätze geschaffen werden. Wir brauchen ein langfristiges Bildungskonzept für Mönchengladbach. Klares Ziel dabei ist der Ausbau des Gesamtangebotss."

Gladbacher Zahl des Jahres: 46 Millionen Euro

Dies ist der Preis der leichtfertigen Veräußerung der städtischen RWE-Aktien auf Beschluss von FDP und CDU für den Bürger.

Am Tag nach der Ratssitzung im Dezember wurden die RWE-Aktien lt. Tageskurs für über **176 Mio. Euro** aus den Betrieben gewerblicher Art entnommen. Dieser Wert wurde Anfang Januar auch der Steuer zu Grunde gelegt.

10 Mio. Euro Steuern hat die Stadt Anfang Januar gezahlt. Geld, das sie nicht hat. Des-

halb mussten die Kassenkredite (Dispo-Kredite) erhöht werden. **Hierdurch werden seit Januar monatlich rund 33.000 Euro Zinsen fällig.**

Zur Zeit haben die Aktien einen **Wert** von ca. **130 Mio. Euro**, so dass **seit Dezember ein Vermögensverlust von über 46 Mio. Euro** eingetreten ist.

Fraglich ist nun, ob die Stadt angesichts dieser Entwicklung die Aktien nun im Herbst verkaufen wird. Der Finanzminister hat sich hoffentlich für die Zahlung der Steuern bedankt.

Editorial Auf ein Wort

In der letzten Ausgabe habe ich Ausführungen zum Demokratieverständnis der Mehrheitsfraktionen gemacht. Die Abstimmung zur Reduzierung der Stadtbezirke ist nunmehr gelaufen. FDP und CDU haben mit Ach und Krach die notwendige Mehrheit erhalten. Allerdings für ein Stadtbezirksmodell, das in den Augen der Oppositionsfraktionen nicht tragfähig ist.



Die Gemeindeordnung verlangt ein zusammenhängendes Gebiet für einen Stadtbezirk, das eine gemeinsame Entwicklung möglich macht. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Wie Sie wissen, ist zwischen Neuwerk und Volksgarten einerseits und Giesenkirchen andererseits der Stadtbezirk Rheydt mit seinem Schloss belegen. Eine gemeinsame Entwicklung hinsichtlich Verkehr oder Städtebau ist somit nicht möglich. Dies gilt ebenso für das Zusammengehörigkeitsgefühl von Vereinen und Gruppen vor Ort. Die Konstruktion von FDP und CDU ist und bleibt ein künstliches Gebilde, das ausschließlich auf Grund von Wahlergebnissen gebildet wurde.

Die **Bezirksvertretung Volksgarten** hat deshalb mit den Stimmen von **SPD**, Grünen und FWG Klage beim Verwaltungsgericht Düsseldorf eingelegt. Dies ist das erste Mal, das wir ein Gericht anrufen. Wir sind allerdings auch nicht bereit, willkürliche Beschlüsse von FDP und CDU hinzunehmen. Entlarvend hinsichtlich des Demokratieverständnisses war in der letzten Ratssitzung der Antrag der FDP, einen Antrag der FWG zum Pahlkebad weder diskutieren noch abstimmen zu lassen. Was ist nur aus der einst freiheitlichen FDP geworden?

In diesem Sinne herzlichst,
Ihr **Lothar Beine, Fraktionsvorsitzender**

SPD lehnt Haushalt für 2008 ab - "Ziele am Bürger vorbei"

So die einfache Formel des **SPD-Fraktionsvorsitzenden Lothar Beine** nach der Haus-



Muss Rheydt warten?

haltsberatung. Die **SPD-Fraktion** fordert eine Umkehr in der Finanzpolitik. Diese richtet sich nach den Kernthemen:

- Mehr Kinderbetreuung
- Ausbau Gesamtschulangebot
- Umsetzung Innenstadt-konzept Rheydt
- Sanierung öffentlicher Gebäude, insbesondere an den Schulen

- Reparatur von Straßen, bevor ein Neubau nötig wird
- Sofortiger Beginn der Sanierung im Rheydter Pahlkebad

Doch die Haushaltsberatung führte zum Ergebnis, dass FDP und CDU lieber mit der Gießkanne Wahlgeschenke in den Außenbezirken verteilen möchten.

Lothar Beine: "Das Rheydter Zentrum wird danach noch länger auf einen Umbau des Marktplatzes und andere Maßnahmen warten müssen. Der Elternwille nach mehr Gesamtschule wird erneut ignoriert und die Kinder müssen weiter in desolaten Schulen dem Unterricht folgen. Für die **SPD-Fraktion** ist dies keine zukunftsfähige Politik."

In einem wichtigen Punkt konnte sich die **SPD-Fraktion** durchsetzen. Es gibt keine Erhöhung der Grundsteuern.

Stadtbad Rheydt jetzt sanieren!

Dies forderte die **SPD-Fraktion** auf der Podiumsdiskussion der Schwimmsportvereine zum Thema Stadtbad Rheydt/Pahlkebad. Weit über 200 Diskussionsteilnehmer wollten endlich eine klare Entscheidung. Und nach der Eintragung als Baudenkmal ist eine Sanierung die einzige Alternative.

weg. Die Dachkonstruktion des Rheydter Pahlkebades muss sofort untersucht werden. Anschließend muss mit der Sanierung begonnen werden. Nach der Entscheidung von CDU und FDP im Hauptausschuss ist leider klar, dass in diesem Jahr nichts mehr passiert und das Pahlkebad geschlossen bleibt. Dies ist unverantwortlich".



Auch er möchte gerne wieder im Pahlkebad schwimmen (Foto WZ Archiv)

SPD-Fraktionschef Lothar Beine: "Doch gerade die Sanierung des Rheydter Pahlkebades bereitet den Koalitionären von FDP und CDU Kopfzerbrechen. Nach der Eintragung als Baudenkmal ist die FDP schon weiter als die CDU, die immer noch von Abriss und Neubau träumt. In der Zwischenzeit laufen den Schwimmvereinen die Mitglieder

Eines steht für die **SPD** fest. Die Eintragung als Baudenkmal bedeutet nicht grundsätzlich höhere Sanierungskosten. Es bedarf natürlich einer engen Zusammenarbeit mit der Denkmalbehörde, doch steht diese einer schrittweisen Sanierung nicht im Wege.

Lothar Beine: "Die **SPD** hält daran fest: Eine Sanierung kann sofort beginnen und das Geld hierfür ist grundsätzlich insgesamt im Haushalt vorhanden. Die Menschen wollen endlich klare Entscheidungen und die Öffnung des Bades. Schließt das Ergebnis der Untersuchung der Dachkonstruktion eine Sicherheitsgefährdung aus, muss das Bad sofort geöffnet werden."

SPD-Fraktion: Garde-News



© bildpixel/PIXELIO

"Die FDP arbeitet im Rat jetzt noch effizienter. Es wird sofort, ohne Beratung der Anträge der Opposition, zu Anfragen und Mitteilungen gesprungen."
"Und die anderen Punkte?"
"Sind unwichtig, da nicht von der FDP."
"Ist das Demokratie?".....

Sozialticket in Mönchengladbach

Nur 14,03 Euro sieht der Hartz IV-Regelsatz bundesweit für die monatliche Nutzung von Bus und Bahn vor. Betroffen sind viele Menschen, die staatliche Sozialleistungen erhalten. In Dortmund gibt es ein interessantes Modell. Das personenbezogene Ticket 1.000 (Preisstufe A) ist im Jahresabo für den



Mobilität auch für sozial Schwache

Preis von 15 Euro monatlich erhältlich und im gesamten Dortmunder Stadtgebiet gültig. Der Preis von 15 Euro orientiert sich dabei an den in den Regelsätzen der im Sozialgesetzbuch enthaltenen Beträge für "fremde Verkehrsdienstleistungen".

SPD-Fraktionschef Lothar Beine: "Mit dem Sozialticket bleiben Menschen mobil und können am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Mit den üblichen Regelsätzen der sozialen Leistungen ein fast unmögliches Unterfangen. Hier forderte die **SPD** Abhilfe, um gemeinsam mit der NVV-AG eine Lösung für die Nutzung von Bus und Bahn in Mönchengladbach zu finden.

Völlig unverstänglich ist die barsche Ablehnung von CDU und FDP. So wird für bedürftige Menschen in Mönchengladbach von vornherein ein sinnvolles Angebot ohne Prüfung kaputt gemacht."

Aufatmen im Sport - Auch in Zukunft keine Sportgebühren für Vereine

Die von FDP und CDU bestellten Haushaltsgutachter meinten es mit den Sportvereinen nicht gut. Diese schlugen doch tatsächlich

Jugend und Gesundheit gesprochen. Es sind doch gerade die Sportvereine, die ein sinnvolles Freizeitangebot insbesondere für Jugendliche machen."



© Andreas Klaukien/PIXELIO

Vereine müssen keine Gebühren für Sportanlagen zahlen

vor, dass die Sportvereine für die Nutzung von Hallen und Sportplätzen Gebühren zahlen.

Ratsherr Henning Haupts, sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: "In Sonntagsreden wird von Prävention, Angebote für die

Im letzten Jahr musste die Stadt rund 37 Millionen Euro für Erziehungshilfen ausgeben. Diese Hilfen greifen, wenn das Kind praktisch schon in den Brunnen gefallen ist. Oftmals für die Heimunterbringung. Viele Angebote für junge Menschen, die Orientierung bieten und wichtige soziale Werte vermitteln, sind weggebrochen.

Henning Haupts: "Jeder Cent für frühzeitige Angebote ist hier gut angelegt. Die Sportvereine leisten durch ehrenamtliches Engagement eine Menge und dürfen nicht durch neue Gebühren hierfür bestraft werden. Ich bin froh, dass die SPD sich in dieser Frage durchsetzen konnte."

Kinder brauchen moderne Schulen

Insbesondere Schüler und Eltern können ein Lied davon singen - die Schulgebäude befinden sich in einem erbärmlichen Zustand. Undichte und verfallene Holzfenster machen jede Energiebilanz kaputt. Der Zustand vieler Toiletten an Schulen ist nicht akzeptabel.

mehr getan werden. Dies hat Vorrang, bevor neue Projekte begonnen werden."

Die **SPD-Fraktion** möchte dem Verfall an städtischen Gebäuden nicht tatenlos zusehen. So müssen auch Sporthallen und Sportanlagen zumindest regelmäßig repariert werden. Für die **SPD** ein Thema mit Signalwirkung.



© Claudia Hautumm/PIXELIO

Nicht nur der Unterricht zählt - das Umfeld muss stimmen

Ratsherr Horst-Peter Vennen, baupolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: "Ein erster Schritt ist getan. So sollen in den nächsten Jahren die WC-Anlagen an den Schulen saniert werden. Endlich wurde eine SPD-Forderung umgesetzt. Doch auch die Klassenräume und Flure sind teilweise in einem schrecklichen Zustand. Hier muss dringend

500.000 Euro ausgegeben werden. Ohne Landesmittel abzuwarten, wird hier schnell städtisches Geld ausgegeben, das besser für Sanierung und Reparaturen angelegt wäre. So haben wir bald Schulen mit neuen Mensen und zugleich kaputten Klassenzimmern."

Vorgestellt: Monika Schuster

Seit wann bist du Ratsmitglied?

Schuster: Ich bin seit 1994 im Rat.

In welchen Gremien bist du noch aktiv?

Schuster: Ich gehöre als Ratmitglied noch dem Arge-Beirat und dem Aufsichtsrat der Sozialholding an. Zudem bin ich Sprecherin der SPD-Fraktion im Schul- und Bildungsausschuss und gehöre dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Senioren sowie dem Integrationsrat an.

Was hat dich in die Politik geführt?

Schuster: Über Politik wurde bereits in meinen Elternhaus viel diskutiert. Doch zuerst kamen Beruf und Familie. Nach meiner Ausbildung zur Bürokauffrau und meiner Arbeit in einer Versicherung bin ich über den zweiten Bildungsweg zum Lehrerberuf gekommen. Da liegt es auf der Hand,



INFO

Monika Schuster

Geboren am 04.06.1945 in Eisleben, **verheiratet**, zwei Töchter, arbeitet seit 30 Jahren als **Hauptschullehrerin**. **Hobbys** sind Reisen, Lesen, Wandern und Kochen. Ist in **weiteren Funktionen** stellvertretende Vorsitzende im SPD-Ortsverein Odenkirchen.

dass ich mich für bildungspolitische Themen interessiere.

Bildungspolitik ist demnach dein Thema?

Schuster: Ja, doch ich blicke schon über den Tellerand. Bildung ist der Schlüssel für ein eigenverantwortliches und zufriedenes Leben. Im Sozialschuss befasse ich mich dann eher mit den Reparaturen, wenn Menschen keine Chance bekommen haben. Kinder, die schnell feststellen, dass ihre Zukunft in eine Sackgasse führt.

Also bewegt dich besonders die Chancengleichheit der Menschen?

Schuster: Natürlich, alleine schon in meiner 30-jährigen Berufserfahrung als Hauptschullehrerin habe ich eine Menge erfahren können. Hauptschulen sind generell keine schlechten Schulen. Das ist gerade gegenüber den Kindern sehr ungerecht. Wir brauchen eine Schulreform, die Kinder eben nicht zu früh in Schubladen sortiert. Es muss nach Begabung und Fähigkeiten gehen. Das jetzige Schulsystem ist hierfür ungeeignet.

Rheydter Stadtteilbibliothek - eine Erfolgsgeschichte

Die aktuellen Zahlen der Stadtteilbibliothek sind schon beeindruckend:

Von 44.315 Ausleihen im Januar bis 43.856 im März - eine imposante Entwicklung. Geht der Trend so weiter, kann in 2008 mit insgesamt 520.800 Ausleihen erneut ein Rekord

Zahl stehen Menschen, die in die Rheydter Innenstadt kommen und oft nicht nur die Bibliothek aufsuchen. Oft werden schnell noch Einkäufe in den Geschäften erledigt. So ist die Bibliothek mit monatlich rund 40.000 Besuchern ein Frequenzbringer in Rheydt.



In der Rheydter Bibliothek ist immer viel los

gebrochen werden. Im Vorjahr wurden insgesamt 501.145 Medien ausgeliehen.

Ratscherr Ulrich Elsen, kultipolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: "Hinter jeder

Durch die Ausleihfristen werden die Kunden an die Rheydter Innenstadt gebunden."

Wichtig ist dabei die exponierte Lage im Karstadt-Gebäude. So profitieren Handel und Bibliothek gemeinsam von den Besuchern. Die Bibliothek hat insgesamt 100.000 Medien. Jeder Band geht im Schnitt fünfmal über die Ausleihtheke.

Ulrich Elsen: "Die **SPD-Fraktion** ist froh, dass die Schließungspläne vom Tisch sind. Die Rheydter Bibliothek ist eine Erfolgsgeschichte für das gesamte südliche Stadtgebiet."

Schließungen verhindert

Es sollte nach Meinung von FDP und CDU der große Wurf werden. Doch die Haus-



haltsgutachter von Rödl & Partner holten die Abrissbirne raus. Gerade die Kultur sollte es richten und das Theater, die Zweigstellen von Volkshochschule, Musikschule und Bi-



bliothek in Rheydt aufgegeben werden. Wir erinnern: Es wird zeitgleich ein Rheydter Innenstadtkonzept erarbeitet. Die **SPD-Fraktion** bedankt sich bei den vielen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, die sich für den Erhalt eingesetzt haben.

Tricksereien von CDU/FDP bei Wahlterminen gehen weiter

"Die Angst von CDU und FDP vor den Wählerinnen und Wählern muss riesengroß sein. Anders ist nicht zu erklären, dass die Trickse-



Hans-Willi Körfges

rei der Regierungskoalition bei den Kommunalwahl-Terminen weitergeht. Nun planen CDU und FDP offenbar, im nächsten Jahr die Kommunalwahl auf den Europawahltermin vorzuziehen. Das ist demokratischer Unsinn, denn das würde bedeuten, dass die neuen Bürgermeister und Räte bereits im Juni gewählt wären, die alten Räte und Bürgermeister aber noch rund fünf Monate parallel im Amt blieben. Für die Bürgerinnen und Bürger entstehen völlig undurchsichtige politische Verhältnisse. Dies zeigt: Der schwarz-gelben Koalition in NRW geht es

nicht um eine Steigerung der Wahlbeteiligung, sondern allein um einen parteipolitischen Vorteil", erklärte der **Kommunaltagspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Hans-Willi Körfges aus Rheydt**, zur Gesetzesinitiative.

Bereits im vergangenen Jahr hatte Innenminister Wolf im Landtag zugeben müssen, dass er mit den Generalsekretären von CDU und FDP beraten hatte, die Kommunalwahl von der Bundestagswahl abzukoppeln. Diese Trennung hätte rund 42 Millionen Euro gekostet. Dagegen hatte es auch massive Kritik in der CDU gegeben. "Jetzt hat sich die Landesregierung von Ministerpräsident Rüttgers eine neue Trickserei zu Lasten der kommunalen Demokratie ausgedacht. Die Wahltermine sollen so zurechtgebogen werden, dass sie besonders der FDP helfen", kritisiert Körfges. Es sei kein Wunder, dass Innenminister Wolf als FDP-Abgeordneter diese parteipolitischen Spielchen mitmache.

Grundsätzlich sei es sinnvoll, Wahltermine zu bündeln, betonte der Rheydter **SPD-Landtagsabgeordnete**. So liege die Bundestagswahl im Herbst 2009 zeitlich optimal für eine Zusammenlegung mit der Kommunalwahl.

Körfges: "Bündelung von Wahlen ja, aber keine parteipolitische Trickserei."

RatAktuell 02/2008

Auflage: 2000 (im Postversand)

Herausgeber:

SPD-Ratsfraktion
Mönchengladbach
Brucknerallee 126
41236 Mönchengladbach
Tel: 02166/9 24 90-30
Fax: 02166/9 24 90-34
Mail: spdratmg@online.de
Internet: <http://fraktion.spd-mg.de>

Redaktion:

Thomas Fegers (V.i.S.d.P.)
Lothar Beine
Bilder: SPD, www.pixelio.de

**Neue Anschrift?
Neuer Interessent?
Bitte wenden Sie sich an obige Adresse!**